

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.38 Uhr

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dann sind wir mit den Mitteilungen fertig und wir kommen somit schon zur Fragestunde. Es ist nun 12.38 Uhr und ich darf den Vorsitz an meine Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.38 Uhr).

7.1 Frage 1: Einfrieren der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg (GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger:

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Regierung, sehr geehrte Damen und Herren im Saal und im Livestream. Meine Frage bezieht sich auf die Geschehnisse, die uns alle seit den letzten Wochen besonders beschäftigen: den Angriffskrieg, der von Russland in der Ukraine geführt wird. Und wie allgemein bekannt ist, ist die Welt global vernetzt, deswegen spielen Netzwerke auch hier eine große Rolle. Ich möchte auf einen besonderen Punkt hier Bezug nehmen, auf die Städtepartnerschaften, die die Stadt Graz ja zu mehreren Städten unterhält, um kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen, zu pflegen und zum gegenseitigen Nutzen auch entsprechend zu betreiben. Es wurde am 1. März auf der Homepage der Stadt Graz vermerkt, dass die Menschenrechtsstadt Graz die seit 2001 bestehende Städtepartnerschaft mit St. Petersburg, mit einer russischen Metropole, mit der es ja auch zahlreiche Verbindungen gegeben hat, mit sofortiger Wirkung einfriert. Das sollte ein klares Zeichen sein, um eben das offizielle Russland von unserer politischen

Haltung in Kenntnis zu setzen und auch die politischen Repräsentanten und Repräsentantinnen entsprechend aufzufordern, daraus wahrscheinlich auch Konsequenzen zu ziehen. Graz hat als erste europäische Menschenrechtsstadt entsprechende Verantwortung und dieser Bruch des Völkerrechtes, den wir damit auch ablehnen, hat dementsprechend auch Gewicht. Was damit auch verbunden war, ist, dass quasi als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme dieser freundschaftlichen Beziehungen auch das Ende der Aggression in Russland in Aussicht gestellt oder umgesetzt werden müsste und auch Schritte unternommen werden müssten, um die Demokratie wiederherzustellen, die Pressefreiheit wiederherzustellen. Also auch die Aspekte, wo die russische Bevölkerung unter diesem momentanen Konflikt besonders und verstärkt zu leiden hat, wieder entsprechend abzumelden, oder, wenn es geht, abzuschaffen. Nachdem ich nicht in Kenntnis gesetzt wurde, wie das quasi auf russischer Seite aufgenommen wurde, habe ich die

Frage

an unsere Frau Bürgermeisterin:

In welcher Form, in welchem Wortlaut und zu welchem Zeitpunkt wurde die Stadtregierung St. Petersburg vom Einfrieren der Städtepartnerschaft durch die Stadt Graz informiert (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Frage:

In welcher Form, in welchem Wortlaut und zu welchem Zeitpunkt wurde die Stadtregierung St. Petersburg vom Einfrieren der Städtepartnerschaft durch die Stadt Graz informiert?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Unger, wie du richtig angeführt hast, habe ich am 1. März angekündigt, die seit 2004 bestehende Städtepartnerschaft mit St. Petersburg einzufrieren. Darüber habe ich, wie du es in Motivenbericht auch angesprochen hast, die Öffentlichkeit informiert, auch die Stadt Graz hat es auf ihrer Homepage veröffentlicht und selbstverständlich habe ich über diese Absicht auch den gesamten Stadtsenat informiert, und diese Entscheidung ist auch zur Kenntnis genommen worden. Mit dem Einfrieren der Partnerschaft mit St. Petersburg soll aus meiner Sicht ein klares Zeichen gegenüber dem offiziellen Russland und seinen politischen Repräsentanten gesetzt werden, dass Graz als erste europäische Menschenrechtsstadt diesen Angriffskrieg und den damit verbundenen Bruch des Völkerrechts entschieden ablehnt. Voraussetzung einer Wiederaufnahme der Beziehungen ist, dass es zu einem Ende der Aggression und des Krieges Russlands gegen die Ukraine und auch gegen anderer Staaten kommt und Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie und der Pressefreiheit gesetzt werden. Anders als die Aufkündigung einer Städtepartnerschaft, ist diese Vorgangsweise die ganz bewusst eine Perspektive für die Menschen auch dort offen lässt, ein einseitiger Rechtsakt, der keiner weiteren Schritte bedarf, um Wirksamkeit zu erlangen. Daraus ergibt sich, dass keine gesonderte Information an St. Petersburg ergangen ist. Analog dazu wurden auch vom Land Steiermark mehrere bestehende Partnerschaften mit Russland eingefroren, ohne dass dies mit den Partnerregionen kommuniziert wurde. Ganz konkret bedeutet das jetzt für uns, dass sämtliche Handlungen, die üblicherweise im Rahmen einer Städtepartnerschaft gesetzt werden, wie etwa gegenseitige Einladungen, Kulturaustausch oder wirtschaftliche Kooperationen, von unserer Seite explizit unterlassen werden und auch unbeantwortet bleiben, sollten Sie von der Partnerstadt ausgesprochen werden. Der größere nächste Akt, diese Information ist mir vom Referat für internationale Beziehungen weitergeleitet worden, wäre 2023 die Euro Skills, also die Europameisterschaft der Berufe, die in diesem Jahr in St. Petersburg stattgefunden hätten.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Das Prozedere in der Form, wie es jetzt geschildert wurde, ist bekannt. Ich denke, es hätte der Stadt Graz auch ganz gut zu Gesicht gestanden, trotzdem auch angesichts unserer politischen Diskussionen, die wir ja auch im Zusammenhang mit Kollegen aus dem Gemeinderat und den Landtag hier führen, durchaus ein klares Bekenntnis abzugeben. Hintergrund ist, dass man mit solchen Maßnahmen ja auch zielgerichtet Einrichtungen oder Personengruppen in irgendeiner Form beeinflussen muss oder soll. Tatsache ist, man muss auch darauf schauen, was die russische Bevölkerung anbelangt, dass man nicht die Zivilbevölkerung, Kulturschaffende usw. in Misskredit bringt, aber ganz klar von der Stadt Graz das Signal sendet, wir sind dagegen, wir haben etwas gegen den Angriffskrieg, wir setzen entsprechende Schritte, wir sind tätig und wir räumen auch bei uns selbst entsprechend zusammen. Das ist ganz wichtig aus dem Grund, weil das Narrativ, das quasi auch für diesen Angriffskrieg geführt wird seitens der russischen Regierung oder des russischen Aggressors ein sehr einseitiges ist. Hier werden Dinge irgendwie dargestellt, wo wir uns selbst auch durch das Verhalten einzelner Kollegen entsprechend angreifbar gemacht haben. Ich darf hier erwähnen, dass wir über die Kontakte zu antiimperialistischen Kooperationen, die Reisen in den Donbas usw. hier schon oft diskutiert haben, das wird uns noch länger beschäftigen. Aber vor dem Hintergrund wäre es aus meiner Sicht ganz wichtig gewesen, das klar zu kommunizieren. Meine Frage: Werden Sie das noch in irgendeiner Form nachholen, dass hier eine entsprechende Reaktion auf der russischen Seite möglich ist und haben Sie auch in Erwägung gezogen, proaktiv ein positives Zeichen zu setzen, indem Sie einer ukrainischen Stadt eine Partnerschaft anbieten bzw. hier einen Kontrapunkt zu dem setzen, was in St. Petersburg geschehen ist (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Du hast es in deiner Zusatzfrage richtig angesprochen. Das Leid und die Tragödie in der Ukraine für die Menschen, aber auch teilweise der Bevölkerung Russland, die selbst schwer darunter leidet und mit Repressalien zu rechnen haben, muss entschieden

abgelehnt werden. Und das hat nicht nur die Stadt Graz in Summe gemacht und zeigt das tagtäglich in ihrer Unterstützung und der Fürsorge für die geflüchteten Menschen, die zu uns kommen, da habe ich nicht grundlos auch am Beginn bei den Mitteilungen nur einige Beispiele erwähnt, sondern das kann ich auch guten Gewissens als Bürgermeisterin und auch als Obfrau meiner Bewegung so sagen, niemand teilt oder unterstützt eine solche Aggressionen. Das hat Graz in vielen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht mit Wortmeldungen, mit Aussendungen aber vor allem, und ich kann das nicht oft genug sagen, mit Taten. Den Menschen, die zu uns kommen, hilft in erster Linie das, was wir für sie ganz konkret tun in unserer Stadt und in unserem Bundesland und in ganz Österreich. Hier ist noch viel zu tun und hier müssen wir auch zusammenhalten und das ist der beste Schutz und die beste Fürsorge für diese Menschen, weil das wird, noch einmal, leider nicht in wenigen Monaten aufhören, sondern das wird noch lange dauern und wir brauchen hier diesen langen Atem und diese Unterstützung. Von den diplomatischen Beziehungen her habe ich mich hier selbstverständlich beraten lassen, wie der Akt zu setzen ist, und mir ist in Absprache durchaus auch mit dem Land Steiermark geraten worden, diesen Akt des Einfrierens mit der Städtepartnerschaft genau so zu setzen. Es wäre aus meiner Sicht kein Problem, das natürlich auch schriftlich an St. Petersburg oder an die Botschaft zu senden; aber genau durch das Öffentlichmachen ist ja dieser Akt gesetzt worden und das ist ja die Verpflichtung der Botschaft, diese Mitteilung auch an St. Petersburg zu machen. Die beste Partnerschaft, die wir jetzt machen können, ist aber, noch einmal, den Menschen, die bei uns sind und die wir hier schützen und unterstützen sollen, tagtäglich zu Seite zu stehen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.49 Uhr).

**7.2 Frage 2: Beitrag der Wirtschaft zum Klimaschutz
(GR Mag. Dr. Kozina, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, sehr geehrte Damen und Herren. Hinter den aktuellen Ereignissen ist und bleibt der Klimawandel eine der größten, wenn nicht die größte, Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Stadt Graz möchte sich dieser Verantwortung stellen und wird daher heute voraussichtlich auch einen Klimaschutzplan beschließen, der analog zu den Klimazielen der Bundesregierung eine Klimaneutralität bis 2040 vorsieht. Das bedeutet aber, dass wir unsere Emissionen um ca. 10 % pro Jahr reduzieren müssen. Dabei geht es sowohl um die produktions- als auch um die konsumbasierten Emissionen. Und ich habe mir das ein bisschen angeschaut im Klimaschutzplan, wenn man sich das durchgerechnet, auf der Produktionsseite sind 20 % aus dem Bereich Gewerbe, 17 % aus dem Bereich Industrie, 7 % Sonstiges, da ist aber auch die Landwirtschaft mit drinnen; dann sind 21 % Verkehr, da ist der LKW-Verkehr, da ist der Verkehr zur Arbeit oder zum Einkaufen und dann noch 4 % für Abwässer und Abfälle. Das heißt, das sind so ungefähr zwei Drittel, die direkt im Kontext mit der Wirtschaft stehen, und auf der Konsumseite ist es ähnlich. Die Wirtschaft kann das natürlich als Bürde verstehen oder eben auch die Chancen, die sich daraus ergeben, nutzen. Wir haben hier in Graz einen Umwelttechnologie-Cluster, der gut aufgestellt ist, aber wir wissen auch, dass Innovation, Technologie und eine immer höhere Effizienz nicht ausreichen werden, um diese Klimaschutzziele zu erreichen. Die Zukunft liegt in Insuffizienz, in Resilienz und in regionaler Kooperation. Die konsumbasierten Emissionen auf der anderen Seite sollen bis 2030 noch rascher sinken, sie sind aktuell 2,5-mal so hoch wie die produktionsbasierten und das bedeutet dann auch eine deutliche Veränderung des aktuellen Konsumverhaltens aller Grazerinnen und Grazer. Die Stadt kann das aber nicht alleine stemmen, auch das ist klar, aber sie wird einen großen Teil dazu beitragen müssen, damit die Menschen im Alltag emissionsfreie oder emissionsarme Produkte

und Dienstleistungen erwerben oder nutzen können. Ich stelle daher seitens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für die Wirtschaft zuständigen Stadtrat die

Fragen:

1. Was werden Sie unternehmen, damit die Treibhausgas-Emissionen der Unternehmen in Graz in den nächsten Jahren im erforderlichen Ausmaß zurückgehen?
2. Welchen Beitrag werden Sie bzw. die Wirtschaftsabteilung leisten, damit auch die konsumbasierten Emissionen in Graz um 10 % pro Jahr sinken?

Originaltext der Frage:

Der Klimawandel ist und bleibt die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Stadt Graz stellt sich dieser Verantwortung und beschließt heute einen Klimaschutzplan, der – analog zu Österreichs Zielen – Klimaneutralität bis 2040 vorsieht. Das bedeutet eine Emissionsreduktion von 10 % pro Jahr. Dabei geht es sowohl um die produktions-, als auch um die konsumbasierten Emissionen.

Die Grazer Wirtschaft kann das als Bürde verstehen – oder die Chancen, die sich daraus ergeben, nutzen. Im Umwelttechnologie-Bereich ist Graz bereits gut aufgestellt. Aber Innovation, Technologie und eine immer höhere Effizienz werden nicht ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Zukunft liegt in Suffizienz, Resilienz und regionaler Kooperation.

Die konsumbasierten Emissionen sollen bis 2030 noch rascher sinken, sind sie doch aktuell 2,5-mal so hoch. Das bedeutet eine deutliche Veränderung des aktuellen Konsumverhaltens der Grazerinnen und Grazer. Die Stadt kann das nicht alleine stemmen – aber sie wird einen großen Teil dazu beitragen müssen, damit die Menschen

im Alltag emissionsfreie bzw. -arme Produkte und Dienstleistungen erwerben und nutzen können.

Ich stelle daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als für die Wirtschaft zuständigen Stadtrat folgende

Frage:

- 1. Was werden Sie unternehmen, damit die Treibhausgas-Emissionen der Unternehmen in Graz in den nächsten Jahren im erforderlichen Ausmaß zurückgehen?*
- 2. Welchen Beitrag werden Sie bzw. die Wirtschaftsabteilung leisten, damit auch die konsumbasierten Emissionen in Graz um 10 % pro Jahr sinken?*

StR Dr. Riegler:

Schönen guten Tag, Herr Kozina, danke für die Frage. Das ist jetzt schon fast eine Art Ouvertüre zum heutigen großen, und, glaube ich, auch bedeutenden Stück Klimaschutzplan. Sie haben natürlich vollkommen Recht, man muss unterscheiden produktionsbasiert und konsumbasiert. Ich habe vor vielen Jahren vom Prof. Steininger der SOWI-Absolventenverbandszeitung schon einmal einen ersten Artikel darüber gelesen und seither beschäftigt mich das tatsächlich immer wieder, nämlich die Frage, wie sehr können wir überhaupt durch eigene Optimierungsmaßnahmen etwas beitragen, wenn der Konsum das 2,5-fache ist? Denn ich kann Ihnen sagen, um den ersten Teil Ihrer Frage zu beantworten, dass die Stadt Graz bereits jetzt sehr, sehr effizient ist und die Wirtschaftsabteilung sehr viele Beiträge leistet dahingehend, um eben tatsächlich zu einer klimaneutralen, zu einer treibhausgasminimierenden Produktion zu kommen. Unsere gesamten Förderansätze, die wir in der Wirtschaftsabteilung seit vielen Jahren haben, vom Green Tech Cluster über Social Business Hub usw., ich möchte jetzt gar nicht alles vorlesen, sind Anzeichen des

Bemühens der Grazer Stadtpolitik, der Wirtschaftspolitik, tatsächlich zur Reduktion der Treibhausgase beizutragen. Aber sie haben Recht, die konsumbasierten Treibhausgasemissionen sind ein Vielfaches davon. Und da dürfen wir uns halt nicht drum herumdrücken, da sind Sie ja in der Bundesregierung auch mitverantwortlich mit dem Umweltressort. Denn natürlich ist es klar, dass wir, wenn wir verlangen, dass wir einerseits eben CO₂-Bepreisungen aufschlagen, die letzten Endes auf eine Verhaltensänderung hinwirken sollen, nämlich auf die Verhaltensänderung, dass wir weniger Auto fahren, dass man dann natürlich durch eine gegensteuernde Maßnahme natürlich genau diesen Effekt wieder neutralisiert. Das ist im Übrigen ja auch ganz interessant, so ein bisschen der Zwiespalt zwischen Ihren beiden Koalitionspartnern, denn währenddessen die Grünen ja ganz gerne eigentlich den Ansatz haben, durch den Aufschlag einer CO₂-Bepreisung z.B. auf ein Erdöl eben tatsächlich eine Verhaltensänderung zu bewirken, ich weiß nicht, Sie werden vielleicht gesehen haben das Video von der Frau Baerbock, als sie im Fernsehen in Deutschland mit dem kleinen Kind spricht, und das kleine Kind dann sagt, aber das ist dann schlecht für die armen Leute, die können dann ja weniger Auto fahren, und da sagt die Frau Baerbock: ja, genau. Und das ist auch ein bisschen der Unterschied zwischen Ihren beiden Parteien in der Koalition, denn die kommunistische und die sozialistische Partei strebt ja eigentlich ganz im Gegenteil an, möglich alle gleichzuschalten. Das heißt, es sollen zwar Aufschläge stattfinden, aber dann sollen trotzdem alle so viel bekommen, damit alle Auto fahren können. Ich sage das deswegen, weil wir in einem Spannungsfeld sind, weil tatsächlich der Klimaschutz natürlich die Frage auch des Konsumverzichtes bedeutet, und ich kann Ihnen sagen, wir werden sicherlich alle daran gemessen werden von unseren Kindern und Kindeskindern, von unserer Nachwelt, ob wir eine intakte Welt überlassen und übergeben. Und deswegen wird es an uns allen sein, und nicht nur an der Wirtschaftsabteilung, tatsächlich darauf hinzuwirken, dass wir weniger mit dem Autor fahren, dass wir weniger fliegen, dass wir weniger importierte Produkte konsumieren, sondern dass wir eben uns wieder mehr lokal ernähren und konsumieren, und in diesem Sinne werde ich sicherlich als Wirtschaftsreferent auch

weiterhin bewusstseinsbildend daran mitwirken, dass wir eben lokale Produkte konsumieren und nicht von weit weg die Avocados importieren (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Also etwas möchte ich gleich zu Beginn zurückweisen, es geht uns natürlich darum, dass sich die Menschen klimafreundlicher verhalten, aber das muss natürlich auch sozial gerecht sein. Das steht auch explizit so im Klimaschutzplan drinnen, und wenn Sie da quasi einen Keil in die Koalition treiben wollen, also wir sind uns hier alle sehr einig, ökologisch und sozial muss gemeinsam gedacht werden und genau das werden wir machen und genau das werden wir auch mit dem Klimaschutzplan umsetzen (*App*). Natürlich gibt es über Preise die Möglichkeiten, Anreize zu setzen usw., aber letzten Endes geht es darum, auch was die Stadt tun kann. Sie haben jetzt den Bund angesprochen, Sie haben viel über Mobilität gesprochen. Mich würde interessieren jetzt als Zusatzfrage, wie kann die Stadt explizit darauf hinwirken, dass sich das Konsumverhalten ändert, sprich, wenn wir einkaufen gehen, dass wir dann nachhaltigere Produkte kaufen, dass wir dann nachhaltigere Dienstleistungen auch in Anspruch nehmen (*Appl.*)?

StR Dr. **Riegler:**

Naja, wie gesagt, deswegen haben wir ja heute einen Klimaschutzplan auf der Tagesordnung. Da sind ja zahlreiche Maßnahmen durchrunterdekliniert. Also ich möchte Ihnen die jetzt nicht alle vorlesen, aber da gibt es eben im Teil 2c, auf Seite 13 von 18 des Gemeinderatsstückes ja ohne eine Aufzählung jener Maßnahmen, die private Haushalte und Unternehmen setzen können, um tatsächlich zum Klimaschutz beizutragen. Ich verweise übrigens darauf, ich habe zufällig gestern Abend auf Ö1 um 18.30 Uhr eine Radiosendung gehört mit Prof. Kaineder und anderen, wo es genau um diese Frage gegangen ist und wo wir eigentlich, wo alle Experten, wenn man nämlich die Experten ganz offen fragt, ganz klar sagen, ja, es wird wahrscheinlich eines

Konsumverzichts bedürfen und wir dürfen den Leuten auch nicht etwas Falsches erzählen. Wenn es tatsächlich darum geht, CO₂- und Treibhausgasemissionen einzusparen, dann müssen wir eben tatsächlich auch in Kauf nehmen, dass es vielleicht dort und da dann weniger Konsum geben kann. Ob man tatsächlich substituieren kann zwischen weniger klimaschädlichen und mehr klimaschädlichen Produkten, das ist eine sehr heikle wissenschaftliche Frage, denn im Übrigen ist ja alles irgendwo ein Abtausch. Wenn Sie z.B. haben möchten, so wie wir das wollten, dass wir mit der U-Bahn eben den ÖV-Teil kräftig erhöht, damit der motorisierte Individualverkehr zurückgeht, dann muss man aber zunächst sehr weit in Vorlage treten; auch wenn man eine Straßenbahn baut oder ein Lastenrad kauft, muss man natürlich einmal mit der CO₂-Produktion in Vorlage treten. Und das kann dann aber dazu führen, dass man dann eben günstiger, sprich CO₂-minimierender, unterwegs ist. Das ist, glaube ich, der einzig richtige Weg, dass wir eben versuchen, alle Maßnahmen zu setzen, die den Leuten die Chance geben, mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, mehr mit den Fahrrädern zu fahren, und haben wir heute einige Stücke auf der Tagesordnung, die genau in diese Richtung weisen (*Appl.*).

7.3 Frage 3: Einhaltung der Seveso-III-Richtlinie (GR Mag. Winter, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Frau Vizebürgermeisterin. Wir alle wissen, dass im Bereich der Plabutscher Straße, wo sich der Pichler Möbel befunden hat, eine neue Wohnanlage gebaut wird in der Größe von 159 Einheiten. Das große Problem daran ist, dass eine relativ kurze Entfernung, nämlich 120 Meter, ein OMV beziehungsweise ein Öllager der OMV sich befindet. Damit wir eine Vorstellung von diesem Lager bekommen, es hat ein Fassungsvermögen von 1.100 Kubikmetern und ist für die OMV insofern von strategischer Bedeutung, weil von dort aus Kärnten, Teile des

Südburgenlandes, der Steiermark, aber auch Slowenien und Kroatien beliefert werden. Insgesamt wird diese Menge im Jahr 60-mal umgeschlagen, sprich 550.000 Tonnen Kraftstoff werden von diesem Lager aus exportiert. Wenn man das umrechnet, sind das rund 120 Tanklastwagen pro Tag. Maßgeblich für die Sicherheitsabstände und diese Schutzzone rund um solche Öllager ist die Seveso-III-Richtlinie von Seiten der EU. Und aufgrund von dieser Seveso-III-Richtlinie ist um diese Lage, um dieses Öllager eine gewisse Schutzzone und auch eine gewisse Baubeschränkung vorgesehen, die natürlich auch eingehalten werden muss. Was passiert, wenn solche Vorgaben nicht eingehalten werden? Das sieht man sehr gut an der Stadtgemeinde Trofaiach, da hat es ein ähnliches Vorkommnis gegeben, und zwar ist dort eine Reihenhausanlage gebaut worden und der Verfassungsgerichtshof hat bereits im Jahre 2007 den Flächenwidmungsplan dort aufgehoben, weil eben ein Verstoß gegen diese Richtlinie vorgelegen ist. Als besonders erwähnenswert ist hier noch anzuführen, dass in diesem Bereich, wo dieses Möbelhaus war das vorher als Einkaufszentrum im Rahmen vom Flächenwidmungsplan deklariert war, und das nunmehr in ein Wohngebiet umgewandelt wurde. Daher die konkrete

Frage:

Was wurde im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz unternommen, um die Vorschriften der Steiermärkische Raumordnung sowie die Vorgaben der Seveso-III-Richtlinie zu gewährleisten (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Wie entsprechenden Zeitungsberichten zu entnehmen ist, wird auf dem Areal des ehemaligen Möbelhaus „Pichler-Möbel“ in der Plabutscher Straße die Errichtung einer Wohnanlage mit 159 Wohneinheiten geplant. Das Areal, das bebaut werden soll, liegt – nur durch die Plabutscher Straße getrennt – rund 20 Meter vom OMV Tanklager Graz entfernt. Das Tanklager Graz ist mit einer Kapazität von rund 8.100 Kubikmetern

vergleichsweise klein, dennoch für die Versorgung des südlichen Burgenlands und Teilen von Kärnten und der Steiermark strategisch enorm wichtig. Vom Tanklager Graz aus exportiert die OMV auch ihre Produkte nach Ungarn, Slowenien und Kroatien.

Rund 550.000 Tonnen Otto- und Dieselkraftstoffe sowie Heizöl extraleicht werden jährlich insgesamt ausgeliefert. Bis zu 120 Tankwagen (!) verlassen täglich das Tanklager Graz. Das Tanklager mit fünf Hochtanks und vier unterirdischen Tanks wird jährlich ca. 60 Mal umgeschlagen.

Daraus ergibt sich auf Grundlage zur Ermittlung von angemessenen Sicherheitsabständen für die Zwecke der Raumordnung gemäß der Richtlinie 2012/18/EU (Seveso-III-Richtlinie) folgende Anweisung:

Bei Betrieben, bei denen die Anlagen im Wesentlichen die gesamte Fläche der Betriebsanlage einnehmen, ist es in der Regel zweckmäßig, den angemessenen Sicherheitsabstand von der Grenze der Betriebsanlage aus festzulegen. Im Sinne der nach den Raumordnungsprinzipien geforderten langfristigen Planung und zukünftiger anlagentechnischer und stofflicher Dispositionsmöglichkeiten der Anlagenbetreiber kann es auch vorteilhaft sein, einen Mindestabstand von z.B. 100 m (bemessen von der Grenze solcher Betriebsanlagen) als angemessenen Sicherheitsabstand nicht zu unterschreiten (Auszug aus Original-Text).

Aufgrund der Seveso-III-Richtlinie ist um das Tanklager eine Schutzzone mit bestimmten Baubeschränkungen ausgewiesen (z.B. für den Wohnbau). Das geplante Bauvorhaben beabsichtigt einen Teil der bestehenden Gebäude-Außenseiten beizubehalten, was sich mit der Seveso III- EU Richtlinie nicht vereinbaren lässt. Beispielhaft ist das Erkenntnis des VfGH vom 08.10.2007 mit der Geschäftszahl V24/07 anzuführen, mit welchem der gesetzwidrige Flächenwidmungsplan 4.0 der Stadtgemeinde Trofaiach aufgrund nicht angemessener oder fehlender Schutzabstände von 210 m bzw. 236 m nach der Seveso III -Richtlinie die Bebauung einer Reihenhausanlage untersagt wurde.

Als besonders erwähnenswert erscheint, dass das ehemalige Möbelhaus-Areal erst kürzlich vom Einkaufszentrum (EZ 2) in allg. Wohngebiet (WA 0,3-0,6) umgewandelt wurde. Das direkt anschließende allgemeine Wohngebiet weist allerdings nur eine Bebauungsdichte von 0,2 – 0,4 auf!

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Was wurde im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz unternommen, um die Vorschriften der Steiermärkische Raumordnung sowie die Vorgaben der Seveso-III-Richtlinie zu gewährleisten?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, ich darf nur vorab, weil ich sie gerade gesehen habe, die Vertreterinnen und Vertreter, ich kann sie nicht erkennen wegen der Masken, des KinderParlaments begrüßen. Hallo (Appl.).

Zur Frage: Die kurze Antwort wäre, die Stadt Graz hat alles, was im eigenen Wirkungsbereich ist, in Bezug auf die Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie zu gewährleisten, getan. Die längere Antwort ist, die Richtlinie ist natürlich in den nationalen Rechtsvorschriften umzusetzen, das ist im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010 passiert, erst vor einigen Monaten. Es betrifft in Graz nicht nur den erwähnten Betrieb, sondern noch einen zweiten, das ist die Firma Linde Gas in Graz, aber eben auch dieses Tanklager in der Plabutscher Straße. Was direkt den Flächenwidmungsplan anbelangt, so ist es auch dort ersichtlich gemacht worden. Der Plan stellt auch auf Grundlage von vorliegenden Gutachten auch den jeweiligen Gefährdungsbereich dar. Das Betriebsareal, das von Ihnen genannt wurde, ist selbst als Industriegebiet 1 ausgewiesen, der Gefährdungsbereich umfasst aber auch andere

Teile, also es ist ja wirklich ein gefährliches Areal. Das betrifft auch die Eisenbahnanlage von den ÖBB, die Plabutscher Straße und zwei Gewerbegebiete, es gibt aber kein Wohngebiet innerhalb des Gefährdungsbereiches. Also zusammenfassend kann man sagen, dass die Stadt Graz die gesetzlichen Vorgaben erfüllt hat und dass deswegen aus diesem Areal keine Gefahren zu befürchten sind. Das wäre die Antwort.

GR Mag. **Winter:**

Danke für die Auskunft, keine Zusatzfrage.

7.4 Frage 4: Verantwortung der Kulturhauptstadt Graz in Zeiten des Kriege (GR Mag. Pointner, Neos an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Mag. **Pointner:**

Liebe Vertreter:innen des KinderParlaments, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitarbeiter der Presse, liebe Bürgerinnen und Bürger im Livestream. Es geht um ein gravierendes Thema, ich spreche Herrn Stadtrat Riegler an. Graz ist UNESCO-Weltkulturerbe, Graz ist Stadt der Menschenrechte, Graz ist Kulturhauptstadt und seit 2011 ist Graz auch „City of Design“. Das ist eine Menge von Titeln, aus diesen Titeln generiert die Stadt auch öffentlich Wirksamkeit und Bekanntheit, aber diese Titel verpflichten auch, dass man sie mit Leben erfüllt, und dadurch haben wir hier auch eine Verantwortung gegenüber den Bürger:innen der Stadt Graz. Denn Kunst und Kultur zielt immer auf öffentliche Wahrnehmung ab, ist nie versteckt, ist von grundlegendem öffentlichen Interesse, wird öffentlich mitfinanziert, weil sie selten kostendeckend oder gar gewinnbringend arbeiten kann. Und jetzt gerät diese Kunst in der Ukraine unter Beschuss. Und da darf ich Sie zitieren, lieber Herr Stadtrat, in einem

guten Satz, den Sie gesagt haben zur Präsentation des Grazer Kulturjahres 2020: „Wir wollen mit den Menschen über unsere Zukunft reden.“ Und ich darf das ergänzen und jetzt ein bisschen ausführen, wir müssen mit den ukrainischen Kulturschaffenden über unsere gemeinsame Zukunft in Europa reden. Ich glaube, das ist eine gute Ergänzung, ich hoffe, Sie gestatten mir die. Aleppo ist in Europa angekommen, Aleppo und sein Weltkulturerbe gibt es nicht mehr. Wird es Charkiw noch geben? Wird es Kiew noch geben? Wird es Lwiw noch geben? Wir müssen mit den Künstlerinnen und Künstlern, die aus der Ukraine zu uns flüchten, darüber in Diskurs treten. Wir müssen sie unterstützen, wir müssen ihnen helfen und wir müssen das mit unserer Bevölkerung auch kommunizieren, dass die kulturell apokalyptischen Ereignisse in Ukraine für die Grazer Bürgerinnen und Bürger von grundlegendem Interesse sind. Daher ist es neben allen anderen Hilfsmaßnahmen und Solidaritätsbekundungen ein Muss für uns kulturpolitisch Verantwortliche der Europäischen Kulturhauptstadt Graz, jetzt die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, denn Kunst ist nicht alles, aber ohne Kunst ist alles nichts, und zwar alles Menschliche, was uns wirklich zu Menschen macht, zu besonderen Menschen, das passiert durch Kunst. Deshalb die

Frage

an Sie, sehr geehrte Herr Stadtrat:

Werden Sie als zuständiger Kulturstadtrat – als Zeichen der Verantwortung gegenüber dem kulturellen Erbe der Ukraine und somit Europas – die Rahmenbedingungen schaffen, damit eine künstlerische Vermittlung der aktuellen Ereignisse für die Grazer Bürger:innen erfolgen kann und insbesondere ukrainische Künstler:innen Unterstützung bei ihrer künstlerischen Arbeit bekommen?

Originaltext der Frage:

Graz ist bekannt als UNESCO-Welterbe, Stadt der Menschenrechte, Kulturhauptstadt und seit 2011 auch als „City of Design“. Aus all diesen Titeln generiert die Stadt Graz

nicht nur Öffentlichkeitswirksamkeit und vermarktbare Bekanntheit, sondern es erwachsen aus diesen auch kulturpolitisch gestalterische Verpflichtungen und letztlich natürlich eine Verantwortung gegenüber den Bürger:innen der Stadt Graz.

Kunst zielt immer auf öffentliche Wahrnehmung ab. Kunst wird, da sie selten kostendeckend oder gar gewinnbringend arbeiten kann, öffentlich (mit)finanziert.

Daher steht sie meist in einem politischen Spannungsfeld und ist – und das sollte sie auch sein – von grundlegendem öffentlichem Interesse.

In den vergangenen Tagen und Wochen wurde – von Ihnen angestoßen – medial auch über eben die oben beschriebene Verantwortung der Kulturpolitik diskutiert. Das ist meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Aspekt – vor allem vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Ihre Worte, die Sie bei der Präsentation des Grazer Kulturjahres 2020 ins Treffen geführt haben: “Wir wollen mit den Menschen über unsere Zukunft reden”, sind heute aktueller denn je. Denn wir müssen uns die Frage stellen, wie relevant die aktuellen Ereignisse für die Stadt Graz in ihrer kulturpolitischen Ausrichtung sind oder sein sollten.

Ein Blick in die Ukraine zeigt, wozu ein Diktator im 21. Jahrhundert fähig ist. Europa ist – erstmals seit Jahrzehnten – wieder Schauplatz eines Krieges. Die Auswirkungen sind enorm und betreffen uns in mannigfaltiger Weise. Dieser Krieg ist nämlich auch ein ganz gezielter Angriff auf die freie Kunst und Kultur, die bekanntlich über alle Grenzen hinweg verbindet.

Aleppo ist in Europa angekommen. Es werden Theater, die Menschen Schutz bieten, (Kunst-)Schulen und überhaupt Kulturgüter systematisch zerstört, Künstler:innen vertrieben, die freie Meinungsäußerung sukzessive ausgelöscht.

Ich denke, dass die Vermittlung der aktuellen, kulturell apokalyptischen Ereignisse in der Ukraine für die Grazer Bürger:innen von grundlegender Bedeutung ist. Man muss sich Gedanken darüber machen, immer wieder auf die eminente Wichtigkeit einer freien Kunstszenen hinweisen und intensiv mit ukrainischen Künstler:innen in Kontakt treten, um das Verbindende, das Provokative, das Nachdenkliche, das Hinterfragende, das Befreiende, das der Kunst innewohnt, hervorzuheben.

Neben allen anderen Hilfsmaßnahmen und Solidaritätsbekundungen ist es ein Muss für die kulturpolitisch Verantwortlichen der Europäischen Kulturhauptstadt Graz, gerade jetzt die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler,

werden Sie, als zuständiger Kulturstadtrat – als Zeichen der Verantwortung gegenüber dem kulturellen Erbe der Ukraine und somit Europas – die Rahmenbedingungen schaffen, damit eine künstlerische Vermittlung der aktuellen Ereignisse für die Grazer Bürger:innen erfolgen kann und insbesondere ukrainische Künstler:innen Unterstützung bei ihrer künstlerischen Arbeit (z.B. in Form von Residencies und Ähnlichem) bekommen?

StR Dr. Riegler:

Dankeschön für die Frage, sehr geehrter Herr Kollege Pointner. In der Tat hat ja heute schon ganz zu Beginn bei den Mitteilungen die Frau Bürgermeisterin eine sehr eindrucksvolle Liste verlesen an Maßnahmen, die die Stadt Graz, sowohl die Zivilgesellschaft als auch das offizielle Graz, geleistet haben, um eben den Menschen, den Ankommenden aus der Ukraine adäquat zu helfen und weiterzuhelfen. Im Bereich der Kultur gibt es natürlich einerseits ukrainische Künstler und Künstlerinnen, die bereits in Graz leben und arbeiten, mit denen natürlich die Institutionen in Beziehung stehen, darüber hinaus hat es natürlich jetzt schon eine ganze Reihe von Veranstaltungen, von Solidaritätskundgebungen etc. gegeben. Ich möchte hervorheben, dass das GrazMuseum, das ja unter meiner politischen Verantwortung steht, eine rund 60-minütige Veranstaltung „Lichter für die Ukraine“ am 10. März stattfinden hat lassen. Es wurde ein weithin sichtbares Banner mit dem Bertolt-Brecht-Spruch aus Schweyk im Zweiten Weltkrieg ausgehängt. Wir hatten die

Kundgebung des Landesjugendbeirates am Grazer Hauptplatz, bei der Anna Hopper von uns gesprochen hat. Es hat ein Konzert für Menschenrechte vom Musikverein Michael Nemeth gegeben, das am 12. März in Ö1 gesendet wurde. Bekanntlich ist ja eine unserer Vorgängerinnen als Konzertmeisterin im Grazer Philharmonischen Orchester Oksana Lyniv, ebenfalls Ukrainerin, dieselbige hat ja auch ein Werk für den Frieden in Auftrag geben. Es gibt ein Konzert von Markus Schirmer demnächst am 3. April, es gibt eine Aktion „Shelter for Ukrainian Artists“ im Rotor. Ich habe gestern eine ausführliche Besprechung mit dem kollektiven Leitungsorgan des Schaumbades gehalten, auch dort werden ukrainischen Künstlern und Künstlerinnen in Art eines Desk-Sharing und Room-Sharing Möglichkeiten geschaffen künstlerisch, zu arbeiten. Ich könnte jetzt lange fortsetzen, es gibt nämlich z.B. auch diverse Initiativen des Schauspielhauses, des Opernhauses. Ich möchte es dabei bewenden lassen. Glauben Sie mir, dieser Krieg und die täglichen Bilder, die wir in den Nachrichten erhalten, ist und sind schrecklich und jede Bewusstseinsbildung absolut in unserem Sinne, sollte im Sinne der Stadt Graz sein, und daher danke ich auch, Herr Kollege Pointner, für Ihre Frage (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Eine Zusatzfrage habe ich in der Tat. Ich bedanke mich aber für die Beantwortung, und das ist eine sehr schöne Botschaft, die Sie hier verkünden. Aber eines drängt mich wirklich, weil wir haben heute vom Einfrieren der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg schon einiges gehört. Und ich habe hier die Homepage der Stadt Graz vor mir und da lese ich immer noch den Passus: „Die künstlerische Achse Graz – St. Petersburg zeigte sich in den vergangenen Jahren sehr belebt, pflegen doch zahlreiche Künstler:innen-Organisationen einen regen Austausch und der Stardirigent des weltberühmten Mariinsky-Theaters, Valery Gergiev, war mit seinem Ensemble bereits mehrmals in Graz zu Gast. Im Mai 2014 gab der Mariinsky Theater Kinderchor ein Konzert im Grazer Congress.“ Ich hoffe, der Name Valery Gergiev ist Ihnen allen bekannt: Für die, denen er das nicht ist, darf ich es sagen: Er ist ein Stardirigent, er ist

ein Follower Putins, er hat den Kaukasuskrieg offen unterstützt, die Annexion der Krim 2014 offen unterstützt, er verurteilt offen homosexuelle Beziehungen, er wurde überall in Europa von verantwortungsvollen Kulturpolitikern mit Aufführungsverbot belegt, weil er sich nicht distanziert. Das heißt, mich drängt wirklich die Frage: Wie kann es sein, dass sich dieser Name immer noch auf der Homepage befindet? Wie kann das sein und wie lange noch?

StR Dr. Riegler:

Das bringt uns eigentlich zu der sehr interessanten Frage, die wir heute auch noch verhandeln werden und die Straßennamenumbenennungen betrifft. Denn wenn Sie mich fragen, ich bin ja für die Website, für die Homepage der Stadt Graz nicht zuständig, Herr Pointner, aber wenn Sie mich fragen, ist es sicherlich nicht im Sinne der Grazer Stadtpolitik, glaube ich, oder sollte es nicht sein, alles totzuschweigen. Also selbstverständlich hat Valery Gergiev beim Kulturhauptstadtjahr 2003 eine ganz bedeutende Rolle gespielt und natürlich ist es so, dass man tagtäglich aufs Neue künstlerische Positionen oder Standpunkte oder historische Bewertungen mal fassen muss. Das muss so sein, ich bin mir aber jetzt nicht sicher, ob ich Ihre Frage oder Ihre Zusatzfrage so zu deuten habe, dass wir jetzt alles und jedes löschen sollen, was irgendwie zu einem späteren Zeitpunkt nicht geschätzt wird. Ich würde das ehrlich gesagt nicht begrüßen und möchte darüber hinaus auch noch anmerken, dass sowohl in der Wissenschaft als auch in der Kunst davon auszugehen ist, dass diese Künstler und Wissenschaftler und Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen, die in Russland leben, ganz sicherlich den Ukrainekrieg und die Aggression Putins befürworten, sodass es eigentlich im Grund genommen eine Diskussion ist, die Sie sicher auch verfolgt haben, geschätzter Herr Pointner, dass man durchaus auch sich überlegen kann, ob man nicht trotzdem eine gewisse wissenschaftliche und kulturpolitische Aufgabe hat, den Menschen zu verhelfen, weiterhin zusammenzuarbeiten, weil man natürlich nicht alle Projekte, die momentan gerade laufen, einfach runterfahren kann als Strafaktion gegen die Aktion von Putin (*Appl.*).

**7.5 Frage 5: Nutzungskonzept Tennenmälzerei
(KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuseher:innen im Livestream. Ich freue mich auch sehr, dass die Mitglieder des KinderParlaments hier sind. Denn vieles, was heute verhandelt wird, und ich glaube, das macht die Sitzung vielleicht spannender oder ein wenig spannender, ist nämlich wirklich sehr weit in die Zukunft gedacht. Ich stelle jetzt auch eine Frage zu einem Thema, in dem es um ein sehr altes Gebäude geht, die Tennenmälzerei. Wer schon länger im Gemeinderat ist, kennt die Verhandlungen über dieses Gebäude. Die Tennenmälzerei ist ein denkmalgeschütztes Gebäude, das von der Stadt Graz als Ort der kulturellen Nutzung und, das möchte ich hier betonen, auch als Ort des sozialen Austauschs im neuen Stadtteil Reininghaus angekauft wurde. Wie Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates sowie der zuständigen Abteilung für Immobilien zunächst nur durch Medienberichterstattung bekannt wurde, hat Otto Hochreiter, der Direktor des GrazMuseums, ohne gemeinderätlichen Auftrag eine Studie inklusive Konzept für ein Hybrid-Museum in den Räumen der Tennenmälzerei erstellt, erst ein halbes Jahr nach Erstellung wurde diese Studie den Gemeinderatsklubs zugänglich gemacht. Es handelt sich dabei, wie wir jetzt alle gesehen haben, um eine aufwendig gestaltete Projektmappe, erstellt durch das Büro 41, wer sie beauftragt hat und wie hoch die Kosten dafür waren bzw. wer diese Kosten getragen hat, ist allerdings unklar. Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Aus welchem Budget wurde die Erstellung der Projektmappe finanziert (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Die Tennenmälzerei ist ein denkmalgeschütztes Gebäude, das von der Stadt Graz als Ort der kulturellen Nutzung und des sozialen Austauschs im neuen Stadtteil Reininghaus angekauft wurde. Wie den Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates sowie der zuständigen Abteilung Immobilien zunächst nur durch Medienberichterstattung bekannt wurde, hat Otto Hochreiter, Direktor des GrazMuseums, ohne gemeinderätlichen Auftrag eine Studie inkl. Konzept für ein „Hybrid-Museum“ in den Räumen der Tennenmälzerei erstellt. Erst ein halbes Jahr nach Erstellung wurde diese Studie den Gemeinderatsklubs zugänglich gemacht. Es handelt sich dabei um eine aufwendig gestaltete Projektmappe, erstellt durch das BUERO41. Wer sie beauftragt hat und wie hoch die Kosten dafür waren bzw. wer diese Kosten getragen hat, ist unklar.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Aus welchem Budget wurde die Erstellung der Projektmappe finanziert?

StR Dr. Riegler:

Als ich im April 2017, also vor ziemlich genau fünf Jahren, hier erstmals gesessen bin, damals noch im Grazer Rathaus, bei einer Gemeinderatssitzung, war eines der ganz wenigen Dinge, die ich von meiner Vorgängerin Lisa Rücker als Kulturreferentin übergeben bekommen habe, ein Konzept der sogenannten Stadtdenker*innen für die Tennenmälzerei. Und die Lisa Rücker hat mir damals gesagt, ja, sie hätte gehofft gehabt, dass sie da schon weitergekommen wäre, aber es ist halt nicht so einfach und man muss kleine Brötchen backen, und vielleicht gelingt es ja mir, da eben erfolgreich zu sein, was die Tennenmälzerei betrifft. Daher war es natürlich eine meiner Kernaufgaben in den letzten fünf Jahren als Immobilienreferent, der ich bin oder

damals war, und als Kulturreferent, der ich auch damals war, eine Idee, ein Konzept zu entwickeln für die Bespielung der Tennenmälzerei. Als Immobilienreferent darf ich berichten, dass ich erfolgreich war. Denn wir haben im Juni 2021 bekanntlich alle gemeinsam, ich glaube sogar einstimmig, davor abgestimmt, dass wir eben die Tennenmälzerei, die ja ein denkmalgeschütztes Ensemble ist, ein Teil eines Industriegebäudes, in dem Malz erzeugt wurde, ich erkläre das vielleicht für die Menschen, die das nicht wissen, es ging ja in der Tennenmälzerei um die Bierproduktion und es ging darum, dass man Gerste über mehrere Ebenen hindurch mit Wärme und Feuchtigkeit zu Malz weiterentwickelt, damit man dann anschließend eben Selbiges zur Bierproduktion verwenden kann. Und ich habe es also geschafft, mit Ihrer Unterstützung als Gemeinderat, tatsächlich von der ENW, vom Eigentümer des denkmalgeschützten Gebäudes, dieses Ensemble, zu erwerben. Und selbstverständlich war es meine Aufgabe als Kulturreferent, dass ich mir eben auch Gedanken mache, wie könnte man nun dieses Ensemble bespielen. Ich habe in den fünf Jahren der letzten Gemeinderatsperiode, oder viereinhalb Jahren, zahlreiche Gespräche geführt, mit dem Eigentümer, mit den Stadtdenker*innen. Ich habe verschiedene Experten und Expertinnen befragt, ich habe vor allem den Baudirektor dazu befragt und auch den Stadtplanungschef Inninger, und aus alledem ist dann eben auch die Idee geboren, dass ich gemeinsam mit dem fürs GrazMuseum zuständigen Intendanten und Direktor Otto Hochreiter ein Konzept entwickle, das tatsächlich eben auch eine gesamthafte Bespielung vorsieht. Dieses Konzept habe ich der Frau Bürgermeisterin und der Frau Vizebürgermeisterin schon vorgestellt, habe ihnen auch die Mappe übergeben. Es ist, glaube ich, jeder, der es kennt, ein hervorragendes und gut durchdachtes Werk, das sowohl den architektonischen Gestus als auch die Intentionen für ein solches Haus darstellt. Es soll, kurz gesagt, ein gemischt genutztes Haus sein, es soll dort Gastronomie, ein interreligiöses Zentrum geben, es soll eine Filiale der Stadtbibliothek geben, es soll eine Serviceanlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner von Reininghaus geben, es soll dort eine Veranstaltungsmöglichkeit, Co-Working-Spaces geben, und auf ca. 600 m², das wäre mein Vorschlag und mein Konzept, eine Bezugnahme auf die seinerzeitige industrielle Entwicklung, die dort am Standort

Reininghaus stattgefunden hat. Das ist mein Vorschlag, den werde ich am 1. April in der Stadtregierung präsentieren. Und wenn Sie mich jetzt fragen: Wer hat das bezahlt? Das ist eben Teil der Aufgabe des GrazMuseums, Konzepte zu entwickeln, genauso wie sie eben ein Konzept auch für das GrazMuseum am Schloßberg entwickelt haben, das Budget, das benutzt wurde, war jenes des GrazMuseums. Der überaus überwiegende Teil ist übrigens von Otto Hochreiter ad personam in seiner Funktion als Geschäftsführer eingebracht worden, und ein kleinerer Teil ist sozusagen von den Architekten geleistet worden. Also ich kann Ihnen die Frage so beantworten, dass das Konzept aus den Mitteln des GrazMuseums zur Weiterentwicklung des Standortes, insbesondere auch zur Entwicklung eines Industrie- oder Hybrid-Museums, finanziert wurde (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Im Unterschied zu diesem Konzept der Stadtdenker*innen für das sogenannte Reiningherz, das partizipativ unter Einbeziehung ganz, ganz vieler Akteur:innen in der Stadt entwickelt wurde, ist dieses Konzept ein Top-Down-Konzept und auch, also wenn Sie jetzt sagen, hervorragend und gut durchdacht, also ich bin Museologin, es müssen nicht alle Museologen sein, aber so wie das angedacht ist inhaltlich, werden heute keine Museen mehr konzipiert. Nämlich ohne regionale Anbindung oder Spezialisierung und vor allen Dingen, worum es immer ging bei dem Ankauf von der Tennenmälzerei in Reininghaus war, dass dort auch ein Ort des sozialen Austausches entstehen soll. Also was zusätzlich interessant wäre, wäre wie viel das dann gekostet hat, denn ein großer Anteil dieses Konzepts ist nämlich nicht Inhalt, der größte Teil ist der gestalterische Teil, der ist extern vergeben worden an Büro 41. Das ist eigentlich die Kernaufgabe des GrazMuseums für Standorte, die nicht Teil ihres Standortes, im Unterschied zum Schloßbergmuseum, das ist Teil des Standortes GrazMuseum, die Tennenmälzerei ist nicht als Museumsstandort definiert worden, dass das entwickelt wird. Insofern wäre meine Zusatzfrage: Was waren die Kosten?

StR Dr. **Riegler**:

Ich muss noch einmal irgendwie hier schon Bezug nehmen darauf, dass Sie immer wieder insinuieren, das sei nicht Aufgabe des GrazMuseums. Selbstverständlich hat eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Aufgabe es ist, Museumsstandorte und Museumskonzepte und Bildungskonzepte zu entwickeln und weiterzuentwickeln, selbstverständlich gehört das auch zum Portfolio einer solchen Institution, nachzudenken über weitere Standorte. Und natürlich ist es so, dass wir glücklicherweise Experten haben, nämlich in der Gestalt von Herrn Prof. Hochreiter, die eben tatsächlich genau solche Dinge auch laufend in ihrem Leben gemacht haben. Seine Leistungen sind, wie gesagt, gratis im Zuge seines Gehaltes angefallen, die Planungsleistung des Büro 41, da kann ich Ihnen jetzt aber gerade aktuell den genauen Betrag nicht sagen, den werde ich Ihnen gerne nachreichen. Ich möchte aber auch noch eines ergänzen. Ich habe am Freitag zu meinem Überraschen nach der Stadtsenatssitzung auf Facebook gelesen, dass es wiederum seitens der Frau Vizebürgermeisterin offenbar den Wunsch gibt, das Projekt jetzt selbst an sich zu ziehen. Ich habe das mit Wohlwollen und Freude wahrgenommen, dass wir da gemeinsam daran arbeiten wollen, als Dritter im Bunde ist ja der Kollege Eber zu nennen, der ja wiederum als Immobilienstadtrat momentan die Zuständigkeit für das Gebäude hat, und ich freue mich, wenn ich eben in der Presseaussendung, die hätten Sie auch ankündigen können, aber dass ich in der Presseaussendung eben lese, dass z.B. die Idee eines Bibliothekstandortes gutgeheißen wird und das Industriemuseum als eine mögliche Nutzungsvariante durchaus auch erwähnt wurde, das freut mich. Ich denke, wir werden sicherlich relativ zügig arbeiten müssen, denn wenn man an Reininghaus vorbeifährt, sieht man, dass das bereits auch sehr stark, in der Nacht sieht man ja die Lichter, bewohnt ist und da wir daher eher schneller sein sollten, als jetzt noch ein Jahr einen Bottom-up-Prozess durchzuführen. Im Übrigen muss man manchmal eben auch den Mut haben, mit Konzepten und Leistungen in Vorleistung zu treten. Und nichts von dem, das bisher erarbeitet wurde, ist jetzt einfach nur so top-down entwickelt worden, sondern ist das Ergebnis von zahlreichen Gesprächen (Appl.).

**7.6 Frage 6: Ferialpraktikant:innen in der Stadt Graz
(GR Brandstätter, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

GR Brandstätter:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder des KinderParlaments, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat Eber. Sie haben, wie aus Medienberichten zu erfahren war, veranlasst, dass die Ämter im Magistrat die Kosten für Ferialpraktikantinnen und für Ferialpraktikanten ab diesem Sommer selbst tragen müssen. Die logische Konsequenz war, dass die Stadt Graz zukünftig 80 % weniger für Ferialjobs anbietet. Ihre Begründung war, dass es oftmals keine sinnvolle Tätigkeit für Ferialpraktikanten gäbe. Und eine Sache haben Sie bis jetzt in diesem Zusammenhang für mich aber noch nicht schlüssig darlegen können, warum nämlich die Ämter nicht selbst entschieden haben, wie viele Ferialpraktikantenstellen sie in Zukunft auch vergeben würden und auch hilfreich für Ihre Arbeit in den Ämtern sein würden, sondern Sie sofort zu den drastischen Mitteln gegriffen haben, dass die Ämter die Kosten selbst aufbringen müssen. Das hat natürlich dazu geführt, dass nun weniger Stellen angeboten werden und eine Kürzung von 150 Stellen auf 30 in nur einem Jahr erfolgt ist, und das ist aus meiner Sicht vollkommen unverhältnismäßig und nicht im Sinne der jungen Menschen in unserer Stadt. Denn gerade für junge Menschen sind Praktika eine wichtige Möglichkeit, das Berufsleben näher kennenzulernen, oft finden Jugendliche dabei heraus, welche Tätigkeiten ihnen besonders viel Freude machen. Und gerade die Stadt Graz ist hier in der Verantwortung, als öffentliche Hand können wir hier ganz besonders wichtige Einblicke in ganz viele verschiedene, vielfältige Tätigkeitsbereiche geben. Dieses Angebot jetzt so massiv und drastisch einzuschränken, steht im diametralen Widerspruch zu den Interessen junger Grazerinnen und Grazer, und ich hoffe, dass Sie diese Entscheidung im Sinne der Grazer Jugendlichen wieder rückgängig machen oder dafür sorgen, dass dieser drastische Rückgang abgefedert wird. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, in Ihrer Zuständigkeit für Personal in der Stadt Graz die

Frage:

Was sind Sie bereit zu tun, um dieser für junge und engagierte Grazer:innen äußerst negativen Entwicklung des Abbaus von Ferialpraktikant:innenstellen entgegenzuwirken?

Originaltext der Frage:

Aus den Medien war zu erfahren, dass die Stadt Graz zukünftig 80 % weniger Ferialjobs anbietet. Der Grund dafür ist, dass die Ämter im Magistrat die Kosten für Ferialpraktikant:innen nunmehr selbst tragen müssen. Dies hat zu einem Rückgang der durch die Stadt Graz im Sommer angebotenen Ferialpraktikant:innenstellen von 150 im letzten Jahr auf 30 in diesem Jahr geführt.

Daher stelle ich an Sie sehr geehrter Herr Stadtrat, in ihrer Zuständigkeit für Personal in der Stadt Graz, die

Frage:

Was sind Sie bereit zu tun, um dieser für junge und engagierte Grazer:innen äußerst negativen Entwicklung des Abbaus von Ferialpraktikant:innenstellen entgegenzuwirken?

StR Eber:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Brandstätter, danke für Ihre wichtige Frage. Ich möchte vielleicht zwei kurze Vorbemerkungen machen. Nämlich erstens, glauben Sie nicht alles, was in den Zeitungen steht, zumindest nicht auf Punkt und Beistrich (*Appl.*). Und zweitens möchte ich aber auch sagen, ich unterstütze Sie hier inhaltlich vollkommen, wenn Sie sagen, wie wichtig diese Ferialpraktika für junge Menschen in

unserer Stadt sind. Ich möchte vielleicht zurückschauen sozusagen in die vergangenen Jahre. Unter Stadtrat Rüsch ist es eben auch so gewesen, dass die Abteilungen selbst geschaut haben, wie sie zu den Praktikantinnen und Praktikanten kommen und mussten diese Stellen auch selbst bezahlen. Das hat soweit gut funktioniert, das Problem war dann, dass von politischer Seite, insbesondere Bürgermeisteramt, aber auch von den politischen Büros, dann viele Wünsche geäußert wurden dahingehend, dass doch die Abteilungen mehr Praktikumsstellen anbieten sollen und wollten sozusagen auch, dass ihre Wünsche umgesetzt werden. Das hat dann dazu geführt, dass die Abteilungen nun Praktikantinnen und Praktikanten aufnehmen mussten, gleichzeitig diese selbst bezahlen mussten, oft einmal aber, je nach Abteilung natürlich sehr unterschiedlich, nicht ausreichend auch die notwendigen Tätigkeiten für die jungen Menschen gehabt haben und das natürlich für alle Seiten dann eigentlich sehr unbefriedigend war. Dann ist man dazu übergegangen, dass man also alle, ich glaube, im Jahr 2017, dass man alle Praktikanten und Praktikantinnen über neutrale Kostenstellen sozusagen zentral sozusagen bezahlt. Das hat natürlich auch dazu geführt, dass sehr viele Praktikantinnen und Praktikanten aufgenommen wurden und auch hier natürlich nicht immer, muss man sagen, die entsprechende Arbeit aber auch dafür da war. Ich möchte nicht allzu viele Zahlen verwenden, aber ein paar seien mir doch gestattet. Also es hat, was die Anzahl der Praktikanten und Praktikantinnen in den vergangenen sechs Jahren anbelangt, waren es so immer zwischen 100 im Jahr 2017 und 151 im Jahr 2016, die tatsächlich aufgenommen wurden. Bewerbungen hat es immer wesentlich mehr gegeben, das waren zwischen knapp 200 und knapp 300 sogar. Also das heißt, die Quote der berücksichtigten Bewerbungen, wenn man so sagen will, war zwischen 36,75 % im Jahr 2020 und 60,64 % im Jahr 2016. Im Schnitt, kann man sagen, konnten immer ungefähr 50 % der Bewerbungen berücksichtigt werden. Ich komme schon zum Schluss. Tatsächlich ist es jetzt im Moment so, dass wir 184 Bewerbungen haben. Da muss man aber dazusagen, die Bewerbungsfrist läuft noch bis Ende März und erfahrungsgemäß kommen aber auch danach noch Bewerbungen herein. Wir haben aus den Abteilungen direkt bis jetzt 64 Anforderungen und da sind die politischen Büros im Wesentlichen, sage ich, noch nicht

berücksichtigt. Es gibt nur einen Stadtsenatsreferenten, der also bislang drei Praktikanten und Praktikantinnen angefordert hat. Wir werden uns das natürlich also in den kommenden Wochen sehr genau anschauen, wir werden auch abwarten, wie viele Stellen werden noch angeboten aus den Abteilungen, aber auch aus den politischen Büros, aus den Stadtsenatsbüros, und werden uns dann natürlich vorbehalten, hier eventuell noch ein bisschen nachzuschärfen. Danke (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Dann darf ich mich zu allererst ganz, ganz herzlich für die Ausführungen bedanken und dann ist es umso erfreulicher, dass wir hier heute in der Fragestunde auch die Möglichkeit haben, hier einiges auszuräumen und einiges klarzustellen. Dafür soll dieses Gremium ja auch dienen, und darf außerdem, Ihren Ausführungen folgend, vielleicht festhalten, dass es anscheinend ein sehr großes Interesse auch von Menschen, die noch sehr jung sind, gibt, in unserer Stadt zu arbeiten. Das spricht für unsere Stadt als Arbeitgeber, aber auch dafür, dass wir ganz viele junge engagierte Menschen in unserer Stadt haben und darf vielleicht abschließend Sie aus diesem Grund um eine persönliche Einschätzung Ihrerseits zu diesem Thema bitten. Nämlich, wie Sie das sehen würden, wie viele Praktikantestellen schlussendlich diesen Sommer, vielleicht auch nächsten Sommer, angeboten werden sollen und was wir vielleicht als Stadt dafür tun können, dass wir eben nicht Praktikantinnen und Praktikanten dann bei uns in der Stadt haben, die dann keine Aufgabenbereiche haben, sondern vielleicht eben es sogar schaffen, und da bin ich mir sicher, dass es im Sommer da auch Grund genug dafür gibt, hier Einsatzbereiche zu finden, wo junge Menschen ihren Teil zum Funktionieren unserer Stadt beitragen können.

StR Eber:

Also erstens möchte ich das sehr unterstreichen, was Sie gesagt haben, die Tatsache, dass sich viele junge Menschen bewerben, zeigt, dass die Stadt durchaus attraktiv ist

auch für diese jungen Menschen und das freut mich natürlich auch sehr, also dass hier das Interesse auch tatsächlich besteht. Wie gesagt, wir haben bis jetzt 64 Anforderungen, ich hoffe doch, dass wir zumindest dreistellig werden können, also dass wir 100 Ferialpraktikantinnen und -praktikanten eine Beschäftigung geben werden können. Wie das im nächsten Jahr sein wird, wage ich noch nicht abzuschätzen, aber ich gehe davon aus, dass man zumindest von der Größenordnung da hinkommen werden. Ich glaube, dass es sehr wichtig und richtig war, diese Vorgangsweise, die wir gewählt haben, dass wir nämlich zuerst schauen, welche Anforderungen gibt es wirklich von den städtischen Ämtern und Abteilungen, also um einfach wirklich den Bedarf zu sehen, weil die Anforderungen, die jetzt hereinkommen, da kann man davon ausgehen, dass das wirklich auch Stellen sind, die absolut gebraucht werden. Wir werden in einem zweiten Schritt vielleicht noch einmal nachfragen, ob es Bedarf gibt, da müssen wir uns dann natürlich noch die Bezahlung auch anschauen. Ich möchte dazusagen, es belastet die Abteilungen mit, ich würde sagen, nicht einmal 1.000 Euro im Monat, was also eine Praktikumsstelle anbelangt. Das werden wir gemeinsam natürlich irgendwie zu Wege bringen, dass wir hier noch mehr Stellen anbieten. Danke (*Appl.*).

7.7 Frage 7: Grazer Märkte
(KO GR Dreisiebner, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)

KO GR **Dreisiebner**:

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, liebe Elke, bei der Gelegenheit vielleicht noch eine Anmerkung als Klubobmann an uns alle, auch die Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung. Wir kommen jetzt gerade auf sieben Fragen, die hier live abgearbeitet werden. Vielleicht mag jede und jeder, der oder die heute hier geantwortet oder gefragt hat, darüber nachdenken, ob es vielleicht etwas kürzer geht, weil es sind

wirklich sehr viele Anliegen da, die auch verdienen, live gefragt und beantwortet zu werden (*Appl.*).

In diesem Sinne, werter Herr Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt, eine Frage zu einem für dich vor kurzem neu übernommenen Gebiet, die Grazer Märkte. Die umfassen ja nicht nur die Bauern- und sogenannten Produzent:innenmärkte, wo es, das mag ich auch nicht verschweigen, eine wachsende Anzahl an Standorten gibt. Das passt auch zu einer wachsenden Stadt, es umfasst auch Flohmärkte, Antikmärkte und auch Gelegenheitsmärkte, die von Nachbarschaftsgruppen, von Stadtteilinitiativen oder auch Zentren versucht werden, in die Wege zu leiten. In der letzten Periode, und wahrscheinlich hat das auch mit dem Lockdown, Covid usw. zu tun gehabt, es sind gerade diese Produzent:innen- und Bauern- und Bäuerinnenmärkte sehr beliebt geworden im freien Einkaufen, regionalen Einkaufen, teilweise biologischen Einkaufen. Aber auch der Re-use-Gedanke findet sich immer stärker wieder, das heißt, man versucht, auch auf Flohmärkten gewisse Dinge zu finden, zu ergattern, muss man fast sagen bzw. Antikwaren zu erstehen, und da gibt es, wie gesagt, professionelle oder semiprofessionelle Menschen, die das betreiben oder eben auch Amateurrinnen und Amateure dieser sogenannten Nachbarschaftsinitiativen. Was uns auffällt, was auch immer wieder an Rückmeldungen gekommen ist, es ist eine rigide Art, wie gerade nach der in der letzten Periode von deinem Vorgänger, dem Herrn Vizebürgermeister außer Dienst, verabschiedeten Marktordnung, ein sehr rigider Rahmen da war und zu vielen Problemen geführt hat. Das sehen wir auch heute schon in einigen ersten Anfragen und ich weiß, dass du sehr bemüht bist, das dementsprechend gut zu gestalten, das entnehmen wir auch teilweise den Medien. Aber jetzt komme ich in aller Kürze zu der von mir zu stellenden

Frage:

Wie gedenkst du mit der derzeit in Geltungskraft stehenden Marktordnung, die viele Nutzer:innen als zu unflexibel, manchmal sogar als einschränkendes und rigides Reglement wahrnehmen, weiterhin umzugehen?

Originaltext der Frage:

In den letzten Jahren sind die Grazer Produzent:innenmärkte, aber auch die Flohmärkte und Antikmärkte teilweise stark gewachsen, so sind ein Langschläfer-Flohmarkt und mehrere neue Bauernmärkte in den Stadterweiterungsgebieten aber auch in gewachsenen Bezirken wie Mariatrost neu dazugekommen. Nicht zu Unrecht, wie ich denke. Die Märkte erfreuen sich größter Beliebtheit, sowohl der Wert regional und mitunter biologisch produzierter, direkt bei Produzent:innen gekaufter Lebensmittel ist bei wachsenden Teilen der Bevölkerung in Graz im Steigen, es wirkt sich offenbar auch die Liebe zu 'schönen' oder zumindest zu alten Dingen immer stärker und immer breiter aus. Man könnte meinen, der Reuse-Gedanke löst die Lust am Wegwerf-Möbel oder am massig erzeugten Accessoire immer mehr ab. Schließlich wirken auch die Marktplätze selbst – allen voran der Lendplatz und der Kaiser-Josef-Platz – immer stärker als Magnet für immer mehr Menschen, die den Charme von Marktplätzen und den Freiraum den sie bieten, entweder konsumfrei nutzen möchten oder auf eine Tasse oder ein Gläschen kommen, um das bunte Treiben auf diesen Plätzen und die vielen Anwesenden zu genießen.

Die Grazer Marktordnung – wohl notwendig, um die vielen Funktionen und Bedürfnisse, die sich auf den Märkten widerspiegeln zu regeln – ist entlang vieler Stimmen von Betroffenen, seien es Landwirt:innen, Antikhändler:innen, Gastronom:innen oder Kund:innen und Urbanist:innen, sehr restriktiv und oft schwierig zu handeln.

Gastronom:innen sind bei ihren Freibereichen und Gastgärten beschränkt, Bäuer:innen bei der saisonalen oder tageweisen Möglichkeit, genügend Standfläche zu erhalten und Nachbarschafts- sowie Stadtteilinitiativen bei ihren Vorhaben, einen außertourlichen oder auch eine eher aus der Norm fallenden Flohmarkt zu organisieren:

„Marktordnung forte“ sozusagen. Ich denke, es sollte auch mit einer weniger strengen Limitierung das Engagement von Ehrenamtlichen, von Klein-Gastronom:innen und von

Landwirt:innen, die Spezialitäten und Besonderes – selten oder öfter – uns Grazer:innen bieten können und bieten wollen, gehen.

In diesem Sinne darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage

richten:

Wie gedenkst du mit der derzeit in Geltungskraft stehenden Marktordnung, die viele Nutzer:innen als zu unflexibel, manchmal sogar als einschränkendes und rigides Reglement wahrnehmen, weiterhin umzugehen?

StR Hohensinner:

Danke, lieber Karl, ich werde auch versuchen, wirklich kurz zu antworten, aber bitte erlauben Sie mir auch, zuvor die Kinder des KinderParlaments zu begrüßen (*Appl.*). Wie du auch schon gesagt hast, die Marktordnung wurde von meinem Vorgänger ausgearbeitet und im Stadtsenat letzten Herbst beschlossen, und ich sage auch ganz klar auf deine Frage, ich wäre diesen Prozess auch anders angegangen. Du kennst mich, Karl, meine ganzen Strategien, die ich bisher gemacht habe, ob im Sport, in der Bildung oder in der Integration, da habe ich immer versucht, alle Nutzer- und Nutzerinnengruppen mitzunehmen, auch ihre Sichtweisen miteinzubeziehen, weil nachher die Akzeptanz nach einer Strategie oder eine Ordnung auch mehr gegeben ist, und natürlich, eine Marktordnung orientiert sich am österreichischen Gewerbegesetz, das heißt, auch bräuchte es ein etwas anderes Regulativ. Und auf deine Frage, mir ist auch schon aufgefallen, dass es Anlaufschwierigkeiten gegeben hat. Ich habe auch versucht, mit allen Leuten Einzelgespräche zu führen, die bei mir vorstellig wurden, und wir hätten ja auch die Möglichkeit im Stadtsenat, hier oder dort nachzubessern mit Beschlüssen. Aber ich möchte jetzt noch nicht vorweggreifen, weil einfach die Zeit

so kurz ist und wenn wir Änderungen in Zukunft vollziehen werden, es ist mir wichtig, dass wir alle Nutzer:innengruppen miteinbeziehen, nämlich Anrainer:innen, Beschicker:innen und Gewerbetreibende. Bis jetzt habe ich außer Anliegen zum Thema Lärm und der Gastgartenthematik keine Beschwerden bekommen, aber vielleicht hast du jetzt auch noch weitere Informationen, denen ich natürlich gerne nachkommen werde (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Vielen Dank für die Beantwortung, auch sehr prägnante Beantwortung. Ja, vieles ist aus einer Zeit, da warst du noch nicht verantwortlich und trotzdem bemerkt man auch jetzt schon wieder, dass sich das unter Umständen wieder anschiebt als Problem. Ich nenne hier z.B. den Hinterhöfeflohmarkt im Annenviertel, wo es offenbar im Moment noch keine gute und gedeihliche Möglichkeit gibt, das wirklich umzusetzen und so umzusetzen, dass wir es eben auch für Amateur:innen, die nicht das Ganze betrieblich und aus einem Gewinngedanken heraus machen, einsetzen. Ich denke aber auch an eine Initiative eines Jugendzentrums beim Kaiser-Josef-Platz, die quasi auch den Platz außerhalb der Marktzeiten bespielen möchten mit den Kindern und eben Jugendlichen, das ist vielleicht auch interessant für die Gäste, die wir haben vom KinderParlament, auch da kann am Nachmittag z.B. ein solcher Marktplatz nach Ende des Marktes, des Bauernmarktes, genutzt werden. Schlussendlich auch noch natürlich das Thema, gerade jetzt vor Ostern, dass es kleine Beschicker:innen, kleine Bäuerinnen und Bauern gibt, die halt wirklich nur ein paar Spezialitäten haben, nur in gewissen Saisons oder nur ein bis zweimal die Woche kommen, und das würde ich gerne mir dir weiterbesprechen, lieber Kurt. Ich habe ein paar Dinge genannt, die Bulletpoints liegen am Tisch, ich weiß, dass du das sehr konstruktiv angehst und freue mich auch, wenn man die Marktordnung, natürlich im Sinne der Gesetze und entlang der Gesetze, auch so ändert und der Umgang so passiert, dass es für die Bäuer:innen, für die Antikhändler:innen, für die Kund:innen und für die Anwohner:innen, die einmal aus dem Ehrenamt heraus so etwas starten wollen, auch ein gutes Ende und einen guten

Verlauf nimmt. Ich freue mich, dass du hier sehr entgegenkommend bist. Und in diesem Sinne keine Zusatzfrage, sondern ein erstes Danke als Vorgabe. Danke dir (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Lieber Karl, du hast angesprochen die Hinterhofflohmärkte. Die Dame hat bei mir auch schon im Büro angefragt, ob sie einen Termin mit mir und dir gemeinsam bekommt, und ich habe gesagt, jetzt bei einem Termin nur mit der Politik, da werden wir nicht Nägel mit Köpfen machen können, da ist es wichtig, dass wir das Marktamt auch mitnehmen. Das heißt, wenn es dir Recht ist, werden wir diesen Termin mit ihr, mit dir und gemeinsam mit dem Marktamt machen.

Ende Fragestunde: 13.46 Uhr